

## **Beschluss des Landrats vom 30.03.2023**

Nr. 2112

### **19. Kündigungen Lehrpersonal** 2022/538; Protokoll: gs

**Caroline Mall** (SVP) beantragt die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stillschweigend stattgegeben.

**Caroline Mall** (SVP) sagt, sie sei nicht zufrieden, weshalb es eine Diskussion brauche. Es kann ja sein, dass sich jemand anders auch zu den Antworten äussern will, die faktisch keine sind. Die Rednerin hat bereits im letzten September in der Fragestunde einschlägige Fragen gestellt. Es hiess damals, sie solle eine Interpellation einreichen, um bessere Antworten zu erhalten. Die Rednerin wollte tatsächlich Antworten zum Thema Kündigungen von Lehrpersonen an allen Schulstufen. In der Interpellationsbeantwortung stehen zwar Zahlen, wonach es auf der Primarstufe 302 Kündigungen im gegenseitigen Einvernehmen gab – und auf der Sek-Stufe 96. Das sind doch brisante Zahlen – vor allem weil man ja weiss, dass es einen Lehrermangel gibt. Weiter wollte die Rednerin wissen, ob es Kündigungen gibt, die angefochten wurden. Dazu wurde dann «herausgewürgt», dass es solche Fälle gegeben hat. Selbstverständlich interessieren auch die Prozess- und Anwaltskosten sowie die internen Aufwendungen etc. Es gibt aber keine Antworten zu diesen Fragen. Um nicht falsch verstanden zu werden: Die Rednerin anerkennt die Gemeindeautonomie und auch die Teilautonomie der Schulen. Wenn aber im Landrat etwas gefragt wird, so wird erwartet, dass eine konkrete, aufgeschlüsselte und präzise Antwort gegeben wird. Der Regierungsrat schreibt aber: «Grundsätzlich liegen personalrechtliche Massnahmen wie Kündigung und Auflösungen in gegenseitigem Einvernehmen in der Autonomie der Schulen. Aus diesem Grund liegen der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion keine detaillierten Daten über die einzelnen Fälle vor.» Das mag ja sein. Wenn man aber fragt, ist der Regierungsrat aufgefordert, die Informationen einzuholen – ohne dass dabei Datenschutzverletzungen erfolgen.

Es gibt zudem Widersprüche in den Antworten. Einerseits heisst es, man habe recherchiert und diese und jene Ergebnisse erhalten – auf der anderen Seite heisst es, es gebe nicht mehr Informationen. Die Rednerin wird leider den Verdacht nicht los, dass sich der Regierungsrat der Sache relativ zugeknöpft angenommen hat und die Antworten nicht liefern will. Die Rednerin wäre froh, wenn die interessierten Kreise aufgeklärt würden – nochmals: Es geht um rund 400 Kündigungen. Der Regierungsrat begründet zwar, dies sei wegen Pensenaufstockungen oder -reduzierungen der Fall. Das reicht aber nicht. Es geht wirklich darum, zu erfahren, was hinter diesen Auflösungen im gegenseitigen Einvernehmen steht. Wenn die Rednerin die Information nicht erhält, weil der Regierungsrat dies nicht will oder darf oder kann, wäre dies wohl ein Fall für die GPK. Sie würde die Zahlen sicher erhalten.

://: Die Interpellation ist erledigt.

---